

Es gilt das gesprochene Wort.

**Neujahrsempfang der Universitätsstadt Tübingen
Freitag, 17. Januar 2020**

Neujahrsrede von Oberbürgermeister Boris Palmer

Sehr geehrte Damen und Herren,

gewöhnlich richtet man den Blick zum Beginn des neuen Jahres nach vorne. Ich will davon heute eine Ausnahme machen und zunächst zurückschauen. Denn normalerweise haben wir bei grundlegenden Weichenstellungen in unserer Stadt einen breiten Konsens im Gemeinderat und in der Stadtgesellschaft. Beim Cyber Valley und namentlich bei der Ansiedlung von Amazon in Tübingen ist das anders: Eine Umfrage des Reutlinger Generalanzeigers ergab 74 Prozent Ablehnung, weil Amazon nicht nach Tübingen passe. Nie zuvor war es notwendig, eine Abstimmung im Rathaus durch den Einsatz der Polizei zu sichern. Und im Gemeinderat stimmten gerade noch 22 Mitglieder der insgesamt 41 Stimmberechtigten dafür. Die meisten Fraktionen stimmten uneinheitlich ab. Das Tübinger Wochenblatt kommentierte, das sei „kein guter Tag für die Universitätsstadt“ gewesen und fragte: „In wessen Interesse haben die 22 Gemeinderäte entschieden? Sicher nicht in dem der Bürgerinnen und Bürger.“

Zwar bleibt der Autor jeden Beleg für diesen schweren Vorwurf schuldig. Einfach weil er völlig haltlos ist. Unsere Gemeinderäte haben gerade in dieser Frage lange und ehrlich um die beste Lösung für das Wohl der Stadt gerungen. Aber ich habe auch in so manchem Gespräch auf der Straße viel Unverständnis gehört. Ein solches Zerwürfnis zwischen den Menschen und ihrer gewählten Vertretung kann für die Demokratie gefährlich sein. Deswegen möchte ich die Gründe für die Entscheidung noch einmal erläutern. Dabei kann ich mich weitgehend auf die Debatten im Rat beziehen, denn beide Positionen wurden dort sehr einleuchtend vorgetragen.

Es gab gute Gründe, Amazon den Kauf eines Grundstücks in Tübingen zu verweigern. Die wichtigsten betreffen das Geschäftsgebaren des Konzerns: Der Internetriese betreibt unfairen Wettbewerb. Im Gegensatz zu unseren Einzelhändlern umgeht Amazon mit großem Geschick nahezu jede Steuerzahlung. Ein Großteil der Arbeitsplätze bei Amazon sind schlecht bezahlt und nicht an einen Tarif gebunden, Mitbestimmung erscheint dem Konzern lästig. Amazon trägt zur Verödung der Innenstädte bei, auch in Tübingen. Amazon hat eine viel zu große Marktmacht, nimmt in den USA direkt

Einfluss auf die Kommunalpolitik an seinen Standorten und verstopft die Straßen mit Pakettransportern. Das ist alles unbestreitbar richtig. Viele Stadträte brachten zum Ausdruck, dass sie dazu nicht Ja sagen wollten und deshalb auch nicht zur Ansiedlung des Amazon-KI-Forschungszentrums Ja sagen konnten. Und ich finde, das ist uneingeschränkt zu respektieren.

Aber auch für den Verkauf des Grundstücks an Amazon gab es gute Gründe. Niemand im Rat rechtfertigte das Geschäftsgebaren von Amazon. Doch wiesen diejenigen, die am Ende mit Ja stimmten, ebenso zu Recht daraufhin, dass eine Ablehnung von Amazon in Tübingen an den Kritikpunkten rein gar nichts ändern könnte. Ob Amazon Steuern zahlen muss, ist Sache der Finanzminister. Schlechte Arbeitsbedingungen in der Logistikbranche sind ein Thema für Mindestlohn, Gewerkschaften und Kunden. Den Tübinger Einzelhandel kann jeder von uns mit dem nächsten Einkauf vor Amazon schützen. Die einzige Folge eines Neins zu Amazon im Technologiepark wäre ein Schaden für den Forschungsverbund Cyber Valley, auf den unsere Landesregierung, aber auch die Universität und die Max-Planck-Gesellschaft so große Hoffnungen setzen. Im Sinne der Folgenethik von Max Weber, wonach der Politiker zuvörderst die Folgen seiner Entscheidungen betrachten muss und nicht die Frage seiner persönlichen Übereinstimmung mit der Welt, hat die Mehrheit im Rat am Ende ganz nüchtern gesagt: Amazon selbst können wir im Gemeinderat nicht ändern, aber für Tübingen und das Cyber Valley ist das KI-Forschungszentrum ein Gewinn, also stimmen wir zu.

Mir ist bewusst, dass in der Debatte noch sehr viel mehr Argumente vorgetragen wurden. Die zusätzlichen Arbeitsplätze wurden als Problem für den Wohnungsmarkt und das Verkehrsnetz gesehen, der Nutzen der KI-Forschung bezweifelt oder ihre Gefahren beschworen. In diesen Punkten lässt sich aber wie eigentlich immer trefflich streiten: Wieso sollten 100 zusätzliche Arbeitsplätze zum Problem werden, wenn wir im letzten Jahrzehnt fast 10.000 in der Stadt geschaffen haben? Wenn KI-Forschung ethische Fragen aufwirft, sollte man sie dann nicht besser selbst betreiben und verstehen, als sie den Chinesen zu überlassen? Aber diese Streitpunkte allein hätten die Stadt nicht so entzweit. Das lässt sich unschwer daran erkennen, dass das mit geplanten 700 Arbeitsplätzen siebenmal größere KI-Forschungszentrum für Bosch im Vergleich zu Amazon nur wenig Kritik ausgelöst hat. Es geht also um den US-Konzern selbst. Und deswegen scheint es mir so wichtig, dass wir anerkennen, dass beide Seiten in diesem Streit gute Argumente hatten und alle Gemeinderäte nach bestem Wissen und Gewissen im Sinne dessen entschieden haben, was sie für das Wohl der Bürgerschaft halten. Ich finde, man kann auf diesen Gemeinderat und seine Diskussionskultur sehr stolz sein, egal ob man selbst für oder gegen Amazon gestimmt hätte.

Ende der 80er-Jahre des vorherigen Jahrhunderts hat die Wissenschaft erkannt, dass die Menschheit das Klima verändert, und eine klare Empfehlung ausgesprochen: Wir müssen möglichst schnell damit aufhören, fossile Brennstoffe zu nutzen. Die Politik reagierte darauf zunächst erstaunlich schnell. Vielleicht erinnern Sie sich an den Erdgipfel in Rio de Janeiro im Jahr 1992? Dort wurde die Klimarahmenkonvention beschlossen, der erste völkerrechtliche Vertrag zum Schutz des Klimas. Mich hat das damals als gerade 20-Jährigen sehr bewegt und mit Hoffnung erfüllt.

Tübingen hat sich bald danach auf den Weg gemacht. Schon 1993 ist unsere Stadt dem Klimabündnis beigetreten, einer Vereinigung von mittlerweile 1.700 Städten und Gemeinden in ganz Europa.

1997 wurde in Kyoto das erste weltweite Klimaschutzabkommen unterzeichnet. 2016 wurde es durch das Pariser Klimaschutzabkommen ersetzt.

Und dennoch müssen wir heute ernüchert feststellen: Der weltweite Ausstoß von CO₂ hat sich seit 1990 um mehr als die Hälfte gesteigert, von damals 22 auf 37 Milliarden Tonnen im Jahr 2019. Die globale Mitteltemperatur ist in diesen drei Jahrzehnten um 0,4 Grad angestiegen. Die Folgen bekommen wir ganz direkt zu spüren. In Australien brennen die Wälder, in Deutschland verdursten selbst Eichen und Buchen. Die Gletscher und das Nordpolarmeer schmelzen, der Permafrostboden taut auf, Alpengipfel stürzen ein. Es hätte wahrlich keines Schulstreiks eines schwedischen Mädchens bedurft, um die Dringlichkeit des Handelns deutlich zu machen.

Und doch scheint die Welt erst jetzt richtig aufzuwachen, Greta sei Dank. Im September letzten Jahres kamen an einem Freitag mehr als 10.000 Menschen auf dem Geschwister-Scholl-Platz zusammen, um für Klimaschutz zu demonstrieren. Eine der größten politischen Versammlungen in der Geschichte der Stadt. Es hat mich auch persönlich sehr berührt, neben vielen älteren Semestern vor allem junge Gesichter in der Menge zu erblicken. Ja, es geht um die Zukunft der jungen Generation.

Werden wir – die Generation, der die meisten hier im Saal angehören – ihre Hoffnungen und Erwartungen erfüllen? Das Klimaschutzpaket der Bundesregierung war eine Enttäuschung. Die Wissenschaft hat darüber ein klares und einhelliges Urteil gefällt: Das Paket ist zu klein, Deutschland kann damit nicht einmal seine selbst gesetzten Klimaziele erreichen. Der Klimagipfel in Madrid war ein einziges Desaster. Präsident Trump hat den Austritt der USA aus dem Pariser Klimavertrag zum 4. November 2020 verbindlich beschlossen. In der Öffentlichkeit werden die Stimmen, die vor den Kosten und Folgen des Klimaschutzes warnen, wieder lauter. Der Elan der Bewegung scheint nachzulassen. War es das nun? Alles zu spät?

Seit einigen Jahren versuche ich, einen roten Faden durch meine Neujahrsrede zu ziehen, indem ich Gedanken eines Philosophen weiterspinne. Dieses Jahr, zum 250. Geburtstag unseres Hölderlin, hätte sich wohl sein Hymnus „Padmos“ mit dem berühmten Vers „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“ angeboten. Wir leben aber in einer Stadt, die sich des Luxus erfreuen kann, sogar zwei große Denker beheimatet zu haben, die in dieser scheinbar verzweifelter Lage weiterhelfen können. Ich meine neben Hölderlin Ernst Bloch und sein Hauptwerk, „Das Prinzip Hoffnung“. Hoffnung ist nach Bloch keine bloße Zuversicht, die mal stärker, mal schwächer entwickelt ist, sondern eine Form der Überzeugung, das Richtige zu tun. Das erlebe ich bei der „Fridays for Future“-Bewegung genauso. Und das ganz zu Recht.

Denn die gute Nachricht ist: Wir wissen sehr genau, was zu tun ist, und es wäre ganz einfach. Wir müssen nur damit aufhören, Kohle, Öl und Erdgas zu verbrennen. Technisch geht das problemlos. Zum Beispiel könnte man mit Solaranlagen auf einer Fläche, die einem Zehntel der Sahara entspricht, den gesamten Weltenergiebedarf decken. Ernst Bloch würde sagen: Es ist sachhaft-objektgemäß möglich. Ja, es kostet Geld. Aber das Kapital sucht zinslos-verzweifelt nach sinnvollen Anlageformen. Die eigentliche Herausforderung ist politisch: Wie schaffen wir es, das Notwendige und Mögliche auch zu tun? Dafür braucht es Vorbilder. Menschen, Firmen und Organisationen, die zeigen, dass es geht.

Tübingen hat in dieser Hinsicht im letzten Jahrzehnt Beachtliches geleistet. Der CO₂-Ausstoß ist pro Kopf seit 2006 um 30 Prozent gesunken, dreimal schneller als im Bundesdurchschnitt. Aber auch wenn wir bundesweit eine ökologische Vorzeigestadt sind und vielfach Preise für dieses Engagement erhalten haben, so ist doch auch klar: Für den Klimaschutz sind wir zu langsam. Würden wir den bisherigen Pfad erfolgreich weiter beschreiten, so könnte Tübingen frühestens 2050 klimaneutral werden. Deutlich zu spät, sagen uns die Wissenschaft und „Fridays for Future“. Vor gut drei Stunden hat mir die Tübinger Bewegung einen Forderungskatalog übergeben, dessen Hauptziel es ist, unsere Stadt nicht erst 2050, sondern sehr viel schneller klimaneutral zu machen.

Dabei haben sie den Gemeinderat bereits hinter sich. Denn dieser hat schon vor einem halben Jahr einstimmig das Ziel formuliert, Tübingen bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu machen. Die Verwaltung hat diese Zeit genutzt, um ein sehr konkretes Handlungsprogramm zu entwickeln, mit dem wir das tatsächlich schaffen könnten. Der Entwurf geht dem Gemeinderat morgen mit der Post zu. Heute Abend möchte ich Ihnen die Grundzüge vorstellen.

Allerdings muss ich vorwegschicken, dass uns in der Verwaltung und bei den Stadtwerken schon etwas schummrig geworden ist, als wir das nun ganz konkret durchbuchstabiert haben. Die Aufgabe ist durchaus mit dem Begriff „Moonshot“ zu beschreiben. John F. Kennedy sagte im September 1962 in einer berühmten Rede: „We choose to go to the Moon“ und zwar noch vor Ende des Jahrzehnts. Obwohl das seinerzeit fast undenkbar erschien und die Kosten exorbitant waren, gelang es den Amerikanern tatsächlich, bis Ende der 60er Jahre einen Menschen auf dem Mond landen zu lassen. Ich glaube, nur mit einem solchen Geist lässt sich die gewaltige Transformation angehen, die ich Ihnen nun beschreiben möchte.

Die Ausgangslage ist wie folgt: Wir sind als Stadtgesellschaft für jährlich rund 500.000 Tonnen CO₂ in der Atmosphäre verantwortlich. Umgerechnet heißt das: Wir verbrennen jedes Jahr 135.000 Tonnen Heizöl. Das ist eine Menge, die in rund 5.000 Tanklastzügen transportiert werden müsste. Bildlich vorstellen könnte man sich das als eine durchgehende Tanklastzug-Schlange von hier bis Sigmaringen. Wir nutzen diese unglaublichen Mengen fossiler Energie in Tübingen für drei Hauptzwecke: Die eine Hälfte dient der Wärmeerzeugung, die andere für Strom (30 Prozent) und Verkehr (20 Prozent).

Schauen wir uns zunächst den Strombereich an, denn dort ist die Hoffnung schon am besten zu sehen: Unsere Stadtwerke haben im letzten Jahrzehnt die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien gewaltig ausgebaut. Im Jahr 2010 hatten wir nur zwei Wasserkraftwerke und einige kleine Photovoltaikanlagen, die zusammen drei Prozent des gesamten Stromabsatzes in Tübingen decken konnten. Letztes Jahr haben die Stadtwerke bereits über 200 Millionen Kilowattstunden Strom aus Wind, Sonne und Wasser erzeugt. Das ist mehr als die Hälfte des gesamten Stromabsatzes in Tübingen!

Wir müssten nur so weitermachen wie im letzten Jahrzehnt, dann würden wir im Jahr 2030 den Strom vollständig aus erneuerbaren Energie beziehen. Das wird aber nicht reichen, denn wir werden auch erhebliche Mengen Strom für Wärme und Verkehr benötigen, für Stromheizungen und Elektroautos. Daraus ergibt sich als Teilziel, die Produktion an Strom aus erneuerbarer Energie ge-

genüber heute zu vervierfachen: von 200 Millionen Kilowattstunden pro Jahr auf 800 Millionen Kilowattstunden.

Was heißt das nun konkret und wie kann das bewerkstelligt werden? Nehmen wir als Beispiel die Photovoltaik. In Tübingen gibt es circa vier Millionen Quadratmeter Dachfläche. Davon mit Photovoltaik belegt sind circa 100.000 Quadratmeter, also nicht einmal drei Prozent. Wenn wir annehmen, dass sich die Hälfte der Dachflächen aus verschiedenen Gründen nicht für die Nutzung der Solarenergie eignet, blieben uns rund zwei Millionen Quadratmeter auf Dächern zum Ausbau der Photovoltaik übrig. Wir könnten also die Stromproduktion aus Sonnenkraft in Tübingen etwa verzweifachen, auf dann etwa 200 Millionen Kilowattstunden. Das wäre schon ein Drittel des nötigen Zubaus.

Auch Windkraft wird eine Rolle spielen müssen. Deutschland kann seine Klimaziele nur erreichen, wenn die Bedingungen für den Bau neuer Windkraftwerke verbessert werden. Dann wäre sie auch in Tübingen möglich. Nur zehn Windräder im Rammert und am Schönbuchrand könnten bereits einen Jahresertrag von 50 Millionen Kilowattstunden erbringen. Wie auch in den letzten zehn Jahren werden die Stadtwerke aber auch Anlagen in ländlicheren Gegenden zur Versorgung der Stadt errichten und kaufen müssen. Erfreulicherweise kommen die Stadtwerke weiter gut voran: Der Kauf eines soeben fertiggestellten Solarparks in Bayern wurde noch im letzten Dezember abgeschlossen, zwei weitere stehen kurz vor der Unterzeichnung. Zusammen werden diese Großanlagen rund 13 Millionen Kilowattstunden Sonnenstrom erzeugen. Das ist fast so viel wie die Leistung aller bisher in Tübingen gebauten Solaranlagen.

Bei der Wärmeversorgung ist die Aufgabe deutlich anspruchsvoller. Heute beziehen wir Wärme im Wesentlichen aus Gas- und Ölheizungen sowie aus gasbasierter Fernwärme. Die Stadtwerke liefern jährlich 800 Millionen Kilowattstunden Erdgas, also doppelt so viel Energie, wie über das Stromnetz zu den Kunden kommt. Heizöl liefert weitere 250 Millionen Kilowattstunden Energie. Wie ließe sich das bis in zehn Jahren so ändern, dass weder Erdgas noch Erdöl benötigt werden?

Eine gute Möglichkeit, Heizwärme zu gewinnen, sind solarthermische Anlagen. Doch sie brauchen viel Platz. Um nur ein Viertel des Erdgasbedarfs zu ersetzen, müssen wir etwa 100 Hektar Solaranlagen an den Rändern der Stadt bauen. Eine Veränderung der Landschaft, die viele nur schwer ertragen werden. Doch das würde gar nicht genügen. Wir müssten zusätzlich zwei weitere große Biomassekraftwerke bauen. Das erste dieser Art in Tübingen versorgt seit acht Jahren störungsfrei das Klinikum und die Morgenstelle. Aber auch dafür werden Plantagen und Holztransporte nötig.

Die verbleibende Lücke wäre dann durch Nutzung von Strom als Heizquelle zu schließen. Vor allem die noch zahlreichen Ölkessel in der Stadt könnten wir auf neue Nahwärmenetze umstellen, die überwiegend mit Strom aus erneuerbarer Energie betrieben werden. Das würde voraussetzen, dass wir die Besitzer von Ölheizungen dazu verpflichten, ihre alten Kessel auszurangieren und sich an ein Wärmenetz anzuschließen.

Auch hier gibt es ein Mut machendes Beispiel: In Hirschau sanieren die GWG und die Stadtwerke eine Wohnanlage aus den 70er Jahren mit insgesamt 80 Wohnungen komplett. Dazu gehört auch

ein Nahwärmenetz mit Solarthermie auf den Dächern und einem Speicher im Keller. Durch die Sanierung der Gebäudehüllen und die klimafreundliche Heiztechnik kann der CO₂-Ausstoß um 80 Prozent verringert werden. Technisch gesehen wären größere Speicher und größere Solarthermieanlagen machbar, sodass ein derartiges Netz nahezu klimaneutral gebaut werden kann, auch im Bestand.

Bleibt noch der umstrittenste Bereich, der Verkehr. Für diesen Sektor setzen wir heute noch rund 250 Millionen Kilowattstunden Energie ein. Das liegt aber auch daran, dass Verbrennungsmotoren nur ein Viertel der eingesetzten Energie in Bewegung umsetzen können. Drei Viertel verpuffen sinnlos als Wärme. Elektromotoren sind hingegen fast verlustfrei. Wenn es uns gelingt, die Erzeugung von Strom aus erneuerbarer Energie wie dargelegt nochmals zu verdreifachen, wäre in zehn Jahren – anders als heute – tatsächlich genug Strom da, um die Mobilität in Tübingen elektrisch zu betreiben. Die gesamte Fahrleistung aller PKW in Tübingen kann mit weniger als 90 Millionen Kilowattstunden gesichert werden, wenn dafür Stadtautos mit Elektroantrieb zum Einsatz kommen. Ich rate dazu, das Auto nicht nur als Problem, sondern als Teil der Lösung zu betrachten: effizient, elektrisch, emissionsfrei. Mit nur zehn Millionen Kilowattstunden könnten ein stark ausgeweiteter TüBus-Verkehr und die Regionalstadtbahn auf unserer Gemarkung elektrisch betrieben werden. Doch wie kommen wir dahin?

Wir könnten zum Beispiel 15.000 PKW mit Verbrennungsmotor, ein Drittel der Flotte, aus privatem Besitz ausrangieren und durch 1.000 elektrische Carsharing-Fahrzeuge ersetzen. Wir könnten den Busverkehr kostenlos anbieten und dafür flächendeckend Parkgebühren erheben. Wir könnten alle Bahnlinsen nach Tübingen elektrifizieren und die Regionalstadtbahn über den Hauptbahnhof hinaus zu den Kliniken und zum Technologiepark weiterfahren lassen. Das wäre klimaneutrale Mobilität im großen Stil. Aber wir alle wissen, wie wichtig das private Heilig Blechle bis heute auch in unserer Stadt ist. Und die Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn ist nach wie vor hoch umstritten, sodass niemand sagen kann, ob sie bis 2030 gebaut wird.

Immerhin, dank 90 Prozent Finanzierung von Bund und Land ließe sich gut erklären, woher das Geld für die Stadtbahn kommen soll, nämlich aus Berlin und Stuttgart – bevor andere Städte zugreifen. Die gesamten öffentlichen Investitionen in dieses Klimaschutzprogramm müssten bis 2030 über eine Milliarde Euro betragen. Das hört sich utopisch an. Aber das Bruttoinlandsprodukt unserer Stadt liegt bei etwa vier Milliarden Euro im Jahr. Wir können uns das also leisten, wenn wir es nur wollen. Und gerade erst hat Ursula von der Leyen gefordert, Europa müsse bis 2030 eine Billion Euro in den Klimaschutz investieren.

Aber ist das alles realistisch? Ich vermute, dass Ihnen in der letzten Viertelstunde viele Zweifel gekommen sind:

Ein voll elektrifizierter Verkehr in nur zehn Jahren. Und das mit Stadtbahn, aber ohne Autos. Was wird da aus der heimischen Autoindustrie und ihren Zulieferern? Und wer sollen die 15.000 Haushalte sein, die ihr Auto abgeben?

Eine Verdreifachung der erneuerbaren Energieerzeugung mit Solaranlagen auf jedem Dach und Windräder auf den Anhöhen. Wer soll das bezahlen und wie sieht unsere Stadt dann aus, eingrahmt von spiegelnden Paneelen und rauschenden Rotorblättern?

Ölheizungsverbot und Nahwärmenetze, flächendeckende Modernisierung der Gebäude und Wärmeanlagen, großflächige Solaranlagen an den Siedlungsrändern. Woher sollen die Handwerker kommen, um all das zu richten? Wie tief dürfen staatliche und kommunale Eingriffe gehen?

Was wird aus all den anderen öffentlichen Aufgaben, vom Stadtarchiv und dem Konzertsaal über die Schulausstattung und die Kinderbetreuung bis hin zum Straßenerhalt, wenn derartig große Anstrengungen für nur ein Thema gemacht werden? Wer soll das bezahlen und überhaupt – soll eine kleine Stadt wie Tübingen wirklich wie Greta versuchen, die Welt zu retten? Sollte das nicht wenigstens das Land tun? Oder die Bundesrepublik. Oder Europa. Oder die USA und China? Wäre es nicht genug verlangt und genug getan, den Weg der kleineren Schritte weiterzugehen, den wir mit „Tübingen macht blau“ bisher erfolgreich gegangen sind?

Das alles sind berechtigte Fragen. Wir sollten sie dieses Jahr diskutieren. Denn was die Verwaltung nun vorlegt, ist nur ein Entwurf, der zwar den Anspruch hat, einen realistischen Weg zur Klimaneutralität in zehn Jahren zu zeigen, aber keinesfalls den Anspruch, der einzige richtige Weg zu sein. Es gibt viele tausend Möglichkeiten, das Klima zu schützen, und entsprechend viele Wege für eine Stadt, es zu tun. Wir können also über jede einzelne Maßnahme streiten, sie verändern oder auch durch eine andere austauschen. Nichts ist festgelegt.

Was wir aber nicht mehr ändern können, ist der Zeitdruck. Die Klima-Uhr läuft ab. Wenn wir weitermachen wie im Jahr 2019, ist schon in zehn Jahren eine Erwärmung der Erde um mehr als 1,5 Grad kaum noch zu vermeiden. Selbst für das Zwei-Grad-Ziel von Paris bliebe uns nur noch Zeit bis Ende der 30er Jahre. Ich möchte Sie deshalb alle bitten, sich die Frage zu stellen, ob Tübingen eine Hoffnungsstadt werden kann und soll:

Eine Hoffnungsstadt im Sinne von Ernst Bloch, in der eine bessere Zukunft gemacht wird.

Eine Hoffnungsstadt für die junge Generation, die hinter „Fridays for Future“ steht und uns bittet, sie nicht im Stich zu lassen.

Eine Hoffnungsstadt, die zwar nicht den Fuß auf den Mond setzt, aber ihren ökologischen Fußabdruck an die Erde anpasst.

Wenn wir diese Frage mit Ja beantworten, dann bin ich sehr zuversichtlich, dass wir die Aufgabe gemeinsam anpacken und bewältigen können.

Vermutlich wird es auch nicht ganz ohne den Verzicht auf liebgewordene Gewohnheiten gehen. Das führt mich zu meiner letzten Anmerkung, bevor ich Sie zu guten Gesprächen in die Wandelhalle einladen darf: Die Haushaltslage der Stadt hat sich abrupt eingetrübt. Wir müssen dieses Jahr mit deutlich weniger Geld auskommen. Als Finanzbürgermeister ist es meine Pflicht, dies rechtzeitig sichtbar zu machen und zum Sparen anzuhalten. In den sehr guten Jahren der jüngeren Zeit haben wir den Anteil der Butterbrezeln bis auf 90 Prozent erhöhen können. Da die fetten Jahre nun aber

vorbei sind, habe ich dieses Mal im Alleingang eine strenge Reduktion angeordnet. Wir können uns nur noch auf der Hälfte aller Brezeln Butter leisten. Zum Trost: Die Weinmenge ist weiterhin nicht rationiert.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Jahr 2020.